

- Es gilt das gesprochene Wort -

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
liebe Ratskolleginnen und –kollegen,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

die Farbe auf den Seiten des Haushaltsplanes 2010 war noch nicht ganz trocken, da durften wir uns schon wieder mit dem Haushaltsplanentwurf 2011 beschäftigen. Auch wenn sich das zu erwartende Defizit nicht mehr auf dem Rekordniveau des Vorjahres befindet, so hat man doch keinen wirklichen Grund zur Freude über das aktuelle Zahlenwerk. Darüber hinaus ist der Haushaltsentwurf, drastisch ausgedrückt, das Papier nicht wert, auf dem er gedruckt ist. Zu vage sind die Zahlen, denn verlässliche Daten liegen oftmals nicht vor. Die Höhe von Schlüsselzuweisungen und Umlagen kann nur geschätzt werden, wie es beim Märkischen Kreis oder beim Landschaftsverband wirklich aussieht, kann momentan nur erahnt werden. Umso mehr möchte ich mich bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung bedanken, die an diesem Haushaltsplan mitgewirkt haben.

An dieser Stelle kommen üblicherweise die mahnenden Worte an Land und Bund, die Kommunalfinanzen endlich neu zu regeln und den Städten und Gemeinden für die ihnen übertragenen Aufgaben auch die notwendigen Geldmittel zur Verfügung zu stellen. Obwohl ich mich dieser Meinung vollumfänglich anschließe und betonen möchte, dass eine Reform seit vielen Jahren längst überfällig ist, bringt uns dieses Abschieben von Verantwortung hier vor Ort keinen Zentimeter weiter. Wir müssen uns vielmehr fragen, was wir dazu beitragen können, das unvorstellbar große Defizit zu verringern.

Aus unserer Sicht kann es nicht der richtige Weg sein, vor allem auf der Einnahmenseite zu versuchen, alle Möglichkeiten auszuschöpfen, aber bei den Ausgaben vielfach die Ansätze des Vorjahres mit nur geringen Änderungen fortzuschreiben. Da sind zunächst die berühmten Querschnittskosten bzw. Leistungsverrechnungen, die bei genauerem Hinsehen nicht immer ganz nachvollziehbar sind. Anfragen und Nachfragen aus der Politik werden zwar treu und brav beantwortet, mir scheint jedoch, dass sich innerhalb der Verwaltung bis dato niemand so wirklich mit dieser Thematik beschäftigt oder diese hinterfragt hat.

Offensichtlich fehlt in der Verwaltung ein Konzept oder ein gemeinsames Ziel. Zwar wird seit Jahren viel über das Sparen diskutiert, passiert ist in der ganzen Zeit dennoch relativ wenig. Bei der Vorbereitung der Haushaltsdebatte habe ich mir noch mal meine letzte Haushaltsrede angesehen. Viel hat sich seitdem nicht geändert und die meisten Aussagen daraus waren so aktuell, dass ich sie, mit ein paar leichten Änderungen, durchaus heute hätte vortragen können. Obwohl ich mich dagegen entschieden habe, hätte ich wohl gerne gewusst, ob es überhaupt jemand gemerkt hätte. Aber Spaß beiseite.

Um wirkliche Einsparungen realisieren zu können, muss man sich zwingend den großen Block der Personalkosten vornehmen. So ist der Beschlussvorlage für den Stellenplan zu entnehmen, dass die vorgesehenen Änderungen zu einer Reduzierung der Personalkosten um etwa 85.000 Euro führen. Dieser Betrag ist angesichts der Not, in der sich unsere städtischen Finanzen befinden, gelinde gesagt einfach lächerlich. Einsparmöglichkeiten sind mit Sicherheit vorhanden. Ich will nur ein Beispiel nennen. Unsere Stadtbücherei verfügt über 21 Planstellen, die Bücherei der Stadt Iserlohn kommt mit gerade mal 13 Stellen aus.

Und wenn der Kämmerer dann in seiner Rede zur Einbringung des Haushalts ausführt, dass die Politik die Ziele vorgibt, also das „was“ formuliert, und die Verwaltung dies dann umsetzen soll, also für das „wie“ zuständig ist, drängt sich mir unweigerlich die Frage auf, was denn aus unseren Forderungen der vorherigen Ratsperiode geworden ist, wie z.B. die Personalkosten jährlich um 500.000,- € zu reduzieren. Hier hat es nach meiner Auffassung nicht mal ansatzweise den Versuch gegeben, seitens der Verwaltung dieses Ziel umzusetzen. Oder wie kann es ansonsten sein, dass die Anzahl der Beschäftigten der Stadt Lüdenscheid in den vergangenen zehn Jahren, also seit dem Jahr 2001, lediglich um vier (in Worten VIER) abgenommen hat. 925 Beschäftigte heute im Vergleich zu 929 im Jahr 2001. Auch wenn alle Ratsfraktionen in der Vergangenheit immer wieder betont haben, dass es keine betriebsbedingten Kündigen geben sollte, kann mir keiner weis machen, es habe in den vergangenen zehn Jahren nicht ausreichend Möglichkeiten gegeben, die Anzahl der Beschäftigten sozialverträglich und ohne eine einzige Kündigung zu reduzieren. Ich behaupte, dass es hier keine ernsthaften Bemühungen gegeben hat.

Herr Bürgermeister, meine sehr geehrten Damen und Herren, Sie können sich sicherlich an unseren recht weitgehenden Antrag zur Anbringung von KW-Vermerken im Rahmen der letzten Haushaltsplanberatungen erinnern. Der Antrag fand keine Mehrheit, wir haben allerdings damals eine Diskussion angestoßen und uns schließlich dem Antrag der Ampel angeschlossen, im Stellenplan 2010 kw-Vermerke bei allen Planstellen anzubringen, deren derzeitige Planstelleninhaber in 2011 altersbedingt ausscheiden. Es wurde auch versprochen, diesen Antrag bei künftigen Haushaltsplanberatungen jeweils für das Folgejahr immer wieder neu zu stellen. Hätten wir diesen Antrag nicht vor zwei Wochen im Hauptausschuss erneut eingebracht, wäre dies völlig vergessen worden. Soviel zum Umgang mit dem möglichen Sparpotential bei den Personalkosten. Ein Schelm der schlechtes dabei denkt.

Überdies drängt sich der Verdacht auf, dass die Verwaltungsspitze, die ja gerade in wirtschaftlich schlechten Zeiten mehr denn je an einem Strang ziehen sollte, nicht die gleichen Ziele verfolgt. Eine vernünftige Abstimmung untereinander scheint nicht stattzufinden. Oder wie darf ich es werten, dass der Kämmerer öffentlich fordert, drei Schulstandorte zu schließen, ohne dass dem zuständigen Dezernenten hiervon etwas bekannt ist. Dieser Vorschlag hat sicherlich bei Schülern, Eltern und Lehrern für Verunsicherung gesorgt und war in dieser Form wenig hilfreich. Vielmehr ist hier eine fachliche Auseinandersetzung notwendig. Selbstverständlich kann es ein „weiter so“ auch in diesem Bereich nicht geben, schon gar nicht vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung und der damit immer weniger werdenden Schülerzahl. Aber es muss aus unserer Sicht nicht gleich wieder für 20.000 Euro ein externes Gutachten eingeholt werden, um eine Diskussionsbasis zu erhalten. Auch das ist Geld, das wir nicht haben und somit auch nicht verausgaben sollten. Zunächst einmal ist es unseres Erachtens völlig ausreichend, wenn die Verwaltung einen Bericht über die Schulen in unserer Stadt und die voraussichtliche quantitative Entwicklung der nächsten Jahre erstellt und anschließend eine entsprechende Diskussion im Fachausschuss oder einer Arbeitsgruppe gemeinsam mit den Schulleitern und auch Elternvertretern geführt wird. Hier kann es durchaus zu einem Konsens kommen, welche Schulen mittelfristig geschlossen werden können oder sogar müssen. Ein externes Gutachten kann im Zweifel zu einem späteren Zeitpunkt immer noch eingeholt werden. Oder soll mit dem Gutachten die Verantwortung für eine Schulschließung auf einen externen Berater übertragen werden?

Es ist allemal wesentlich besser, mit den Betroffenen direkt zu sprechen, als Entscheidungen zu treffen und diese dann im Nachhinein ganz oder teilweise wieder zurückzunehmen oder zu verändern. Das zeigen uns eindrucksvoll die jüngsten Beispiele aus der Debatte um die freiwilligen Leistungen. Da wir uns als CDU klar positionieren und Ausgabenreduzierung vor Einnahmenerhöhung fordern, unterstützen wir grundsätzlich auch eine Reduzierung der freiwilligen Leistungen und Zuschüsse, wenn auch nur zähneknirschend. Hier kann und darf jedoch nicht mit zweierlei Maß gemessen werden. Gerade wo es um die Unterstützung von bürgerschaftlichem Engagement und sozialen Einrichtungen geht, muss eine Reduzierung von Zuschüssen nachvollziehbar, sachlich und vor allem gerecht durchgeführt werden. Es darf aus unserer Sicht eben nicht sein, dass bei dem einen gar nichts gekürzt wird, bei dem zweiten alles und bei dem dritten beispielsweise 20 %. Wir haben durch unseren Antrag für die heutige Sitzung die Diskussion angestoßen und sind froh, dass sozusagen in letzter Minute ein Konsens gefunden wurde. Wir werden daher unseren Antrag zurückziehen und den gemeinsamen Antrag unterstützen. Aber noch mal: alle Entscheidungen, die die Fachausschüsse in dieser Angelegenheit treffen, müssen sachlich begründbar, für alle nachvollziehbar und gerecht ausfallen. Nur dann wird das Verständnis für finanzielle Einschnitte vorhanden sein.

Ich bin darüber hinaus sehr froh, dass die Mietzuschuss-Kürzung für die Lüdenscheider Tafel zurückgenommen worden ist. Auch wenn die öffentliche Offensive eines Ratsherrn in dieser Angelegenheit wenig zielführend war, so bin ich doch zufrieden, dass unser Antrag im Sozial- und Seniorenausschuss einstimmig beschlossen worden ist und sich auch die eigene Fraktion unbeeindruckt von den vorherigen Ausführungen ihres Kollegen gezeigt hat. Schließlich geht es hier um das absolute Grundbedürfnis aller Menschen, nämlich das Sattwerden.

Wo wir gerade beim Thema Essen sind. Unsere Fraktion wird im nächsten Jugendhilfe-Ausschuss den Antrag stellen, das Essensgeld in den städtischen Kindertageseinrichtungen bei 3,14 € pro Portion zu belassen. Wir möchten aus der Kalkulation die beiden Positionen „Abschreibungen und Zinsen für Gebäude, Zinsen für Grundstücke“ und „Verwaltungsaufwand Essensgeld“ gedanklich herausrechnen. Grundsätzlich sollte man auch hier kritisch hinterfragen, ob es richtig sein kann, dass der Verwaltungsaufwand Essensgeld fast 50 % der Kosten für die Lebensmittel entspricht. Denn schließlich werden die Personalkosten für das Kochen, die Strom-, Fahrt- und Reparaturkosten gesondert ausgewiesen. Es stellt sich die Frage, wer verwaltet dort was mit welchem Aufwand.

Herr Bürgermeister, meine sehr geehrten Damen und Herren, es darf doch nicht sein, dass bei einer Verteuerung des Portionspreises wieder einige Eltern ihre Kinder vom Essen abmelden werden. Nur zum Vergleich: in einigen Lüdenscheider Gaststätten wird ein Mittagstisch, natürlich für Erwachsene, für 5,50 € angeboten und in Schalksmühle kostet eine Mahlzeit in der Kita sogar nur 2,50 €.

Wir sollten hierbei auch nicht ganz vergessen, dass ab August bereits die Kindergartenbeiträge erhöht werden, wenn der Haushalt gleich eine Mehrheit finden wird, wovon ich stark ausgehe.

Ebenfalls steigen soll nach Meinung der Ratsmehrheit auch die Grundsteuer B, die jede und jeden in unserer Stadt über die sogenannte zweite Miete trifft. Also wieder Einnahmensteigerung vor Ausgabenreduzierung. Dass es die Ampel mit der Ausgabenreduzierung nicht ganz so ernst meint, macht uns die Haltung zu den Bepflanzungen, auch Straßenbegleitgrün genannt, deutlich. Die von der Verwaltung

vorgeschlagene Kürzung wird wieder teilweise kassiert. Nun zähle ich nicht zu den Menschen, die einen besonders grünen Daumen haben, aber auch mir ist bekannt, dass es Bodendecker gibt, die eben nicht jedes Jahr neu gepflanzt werden müssen und dennoch ganz passabel aussehen. Es gibt Pflanzen, die schnell wachsen und solche, die sich dafür mehr Zeit nehmen, also auch wesentlich günstiger in der Pflege sind. Natürlich ist es viel schöner, wenn Frühlingsblumen blühen. Aus finanzieller Sicht aber wird der Stadt in einigen Jahren etwas ganz anderes blühen, wenn nicht langsam mal ernsthaft in allen Bereichen gegengesteuert wird.

Generell fehlt in der Verwaltung ein roter Faden, eine Leitlinie, eine Strategie oder auch ein Konzept. In diesem Punkt muss ich Herrn Blasweiler uneingeschränkt Recht geben, auch wenn wir ansonsten nicht immer einer Meinung sind. Der Kämmerer hat in seiner Rede zur Einbringung des Haushaltes eine fehlende Vision angemahnt. Dies ist ganz klar Chefsache, also Ihr „Ding“, Herr Bürgermeister. Entwickeln Sie eine Vision für unsere Stadt und für unsere Verwaltung. Trimmen Sie, etwas salopp gesagt, ihren Laden auf Sparkurs. Brennend würde mich ihre persönliche Meinung zur geplanten Strukturreform der Verwaltung interessieren. Es kann aus meiner Sicht nicht richtig sein, dass sich die Fraktionen verschiedenste Gedanken über dieses Thema machen, im Geiste Abteilungen, Fachdienste oder sogar ganze Fachbereiche verschieben, verändern und zerpfücken. Der Bürgermeister auf der anderen Seite seine Neutralität betont und lediglich sein IT-Amt für die hübsche Darstellung eines Vorschlags zur Verfügung stellt. Ich erwarte vielmehr, dass Sie als Chef der Verwaltung Ihre Vorstellungen einer zukünftigen Struktur deutlich machen. Hier im Hause ist schließlich das nötige Fachwissen vorhanden.

Egal wie es in der Diskussion um diese Verwaltungsreform weitergeht, es muss langfristig unter dem Strich eine deutliche Kostenreduzierung dabei herauskommen. In diesen Zeiten sind unpopuläre Maßnahmen sicher erforderlich, dies wurde von dem ein oder anderen in den vergangenen Wochen öfters erwähnt. Aber wer sagt denn, dass die unbeliebten Maßnahmen nur den Bürger, den Steuerzahler treffen müssen. Unpopuläre Maßnahmen sind auch in der Stadtverwaltung Lüdenscheid längst überfällig.

Insgesamt habe ich die Hoffnung, bei der Verwaltungsstruktur zu einem breiten Konsens zu kommen, noch nicht aufgegeben. Eine Verselbständigung des Kulturhauses, von unserer Fraktion bereits vor gut vier Jahren gefordert, scheint nun möglich zu sein. Manchmal ist die Zeit wohl nicht reif genug für die Umsetzung sinnvoller Überlegungen.

Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren, bitte lassen Sie mich noch ein paar Gedanken über den Bürgerhaushalt verlieren, bevor ich zum Ende komme.

Grundsätzlich unterstützen wir die Idee eines Bürgerhaushaltes. Aber wie ich bereits vor der Sommerpause gesagt habe, kam dieser zur Unzeit, nicht nur weil eigentlich nur Sparvorschläge erwünscht waren. Dass die Resonanz aus der Bevölkerung nicht so groß gewesen ist, wie man sich erhofft hatte, wundert mich indes überhaupt nicht. Schließlich hat es nur wenige Wochen vorher einen viel beachteten Bürgerentscheid zum Mehrgenerationen-Spielplatz auf dem Jahnplatz gegeben. Obwohl sich eine sehr deutliche Mehrheit gegen die Pläne auf dem Jahnplatz ausgesprochen hat, wurde von der Ratsmehrheit die Sanierung des ehemaligen Umkleidegebäudes am Jahnplatz beschlossen. Diese Entscheidung wurde natürlich vorher noch schnell rechtlich überprüft. Allein dieses Vorgehen lässt das offensichtlich schlechte Gewissen der Ampel-Koalitionäre erkennen. Wer die hoch geschätzte Meinung des Bürgers auf diese Weise konterkariert, sollte sich eben nicht wundern, wenn ein paar

Wochen später die Vorschläge aus der Bürgerschaft zum Haushalt nur in einer geringen Anzahl eingehen. Dass sich viele Lüdenscheider mit unserer Heimatstadt identifizieren wird an ganz vielen Stellen deutlich. Nicht zuletzt ist es Eltern gelungen, innerhalb relativ kurzer Zeit rund 100.000 € an Spendengeldern für die Realisierung der Pausenhalle am Staberg zu sammeln. Ein Beispiel für eine Leistung, von der sich viele von uns eine ordentliche Scheibe abschneiden sollten.

Nach meinen Ausführungen und den Diskussionen der letzten Wochen dürfte es Sie nicht überraschen, dass die CDU-Fraktion den Haushalt ablehnen wird.

Herr Bürgermeister, meine sehr geehrten Damen und Herren, für die Zukunft erwarte ich, dass vor der Einbringung des Haushaltsplanentwurfes im übertragenen Sinne jeder Stein in der Verwaltung umgedreht wird. Ein bloßes Abfragen in den einzelnen Ämtern, wer wo noch meint etwas einsparen zu können, reicht offensichtlich nicht mehr. Bitte lassen Sie uns gemeinsam - Bürgermeister, Verwaltung, Bürger und Politik – dafür zu sorgen, dass ernsthafte Sparbemühungen erkennbar sind und auch umgesetzt werden. Wir müssen in unserer Stadt auch morgen noch handlungsfähig sein.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.